Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 12 (1992)

Heft: 24

Artikel: Volkssouveränität statt Systemlegitimierung : zur institutionellen Fixierung linker und alternativer Demokratiepositionen

Autor: Epple-Gass, Ruedi

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652351

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ruedi Epple-Gass

Volkssouveränität statt Systemlegitimierung

Zur institutionellen Fixierung linker und alternativer Demokratiepositionen

Aussichten
Die entschlossenen Anhänger der Ordnung,
mehr braucht es nicht,
um die Welt in Trümmer zu stürzen.
Nur einige alte Anarchisten
suchen mit zitternden Köpfen unter den Ruinen nach ein paar Steinen,
die zueinander passen.

Geörgy Dalos, Meine Lage in der Lage. Gedichte und Geschichten; Berlin 1979

In der aktuellen Demokratiedebatte, gerade im Hinblick auf den bevorstehenden europäischen Integrationsschub, wird die schweizerische Demokratie als Modell gehandelt. Die SPS fordert dazu auf, die direkt demokratischen Institutionen durch Konstruktives Referendum oder Volksmotion "euro-kompatibel" auszubauen. eurotopia, die "BürgerInnen-Initiative zur Demokratisierung Europas und der schweizerischen Europapolitik", plädiert dafür, "das Modell einfach um eine (europäische) Ebene 'aufzustokken'"(Schöni 1992). Das Verhältnis der schweizerischen Linken zur direkten Demokratie "à la mode de la patrie" war aber nicht immer so ungebrochen wie heute. Ein kurzer Blick in die Geschichte fördert nicht nur eine verschüttete Tradition der schweizerischen Arbeiterbewegung zu Tage, er kann auch eine Reihe von Problemen thematisieren, denen sich die linke Demokratiedebatte heute zu stellen hat.

Grüsse vom Staatsanwalt

Als am 5. September 1869, einem Sonntag, Delegierte aus acht europäischen Ländern und aus den USA in Basel zum 4. Kongress der "Internationalen Arbeiter-Association" (IAA) zusammenkamen, nahm sie der Staatsanwalt in Empfang. Doch hegte Caspar Aloysius Bruhin keine schlechten Absichten. Er war nicht nur oberster Ankläger des Kantons Basel-Landschaft, sondern auch Präsident der "Internationalen Association Basel-Stadt und -Land", und in dieser Funktion war es ihm Ehre, nicht Pflicht, die Vertreter der internationalen ArbeiterInnenschaft zu begrüssen (Blum 1977, 414-438).

Die Vorbereitungen zum Kongress hatte eine Arbeitsgruppe der Basler Sektion der Internationalen getroffen. Sie war es auch, die den "Kongresstraktanden das Problem der unmittelbaren Gesetzgebung durch das Volk" beifügte (Haeberli 1964). In ihrem Auftrag bereitete Karl Bürkli einen

Redebeitrag und Antrag zur "Direkten Gesetzgebung durch das Volk" vor. Bürkli, Präsident und Delegierter der Zürcher Sektion der IAA, war eine der treibenden Kräfte der demokratischen Bewegung im Kanton Zürich, die eben erst mit Initiative und Referendum die direkte Gesetzgebung durch das Volk durchgesetzt hatte (Gross 1983; Schaffner 1982).

Bürkli sah in seinem politischen Wirkungsfeld geschichtsmächtige Kräfte am Werk: "Die politische Bewegung in der Schweiz, hauptsächlich im Kanton Zürich in den letzten zwei Jahren," schrieb er in seiner Antragsbegründung, "ist wohl nur ein Symptom, ein Vorspiel einer grossartigen, tiefgreifenden Bewegung, die sich in der europäischen Politik vollzieht. Die Bourgeois-Politik oder Repräsentativ-Demokratie ist in der Schweiz im Absterben begriffen [...] und es tritt fortan die reine Demokratie auf den Plan, wo das Volk direkt an der Gesetzgebung Teil nimmt und dieselbe daher nach seinen sozialen Bedürfnissen umformen wird."

Seiner Ansicht nach war es "die Idee der direkten Gesetzgebung durch das Volk", welche von den Delegierten der IAA "unter den arbeitenden Massen Europas immer mehr verbreitet werden" sollte, "damit sie bei der nächsten monarchischen Enthäutung in Fleisch und Blut übergehe und in ganz Europa ähnliche politische Einrichtungen im Grossen schaffe, wie sie bereits in der Schweiz im Kleinen vorhanden sind." (Bürkli 1869) Der Generalrat hatte nur fünf Tagesordnungspunkte traktandiert und die Ergänzung der Basler Vorbereitungsgruppe nicht berücksichtigt. Deshalb entspann sich zu Beginn des Kongresses eine rege Diskussion um die Behandlung dieses sechsten Traktandums. Dabei war die "direkte Gesetzgebung durch das Volk" bereits inhaltlich umstritten, obwohl man noch um die Tagungsordnung rang. Schliesslich einigte sich der Kongress darauf, die Frage als sechsten Punkt zu behandeln, wenn dafür gegen Schluss des Kongresses noch Zeit bleiben würde. Schon am Donnerstag aber zeichnete sich ab, dass die Delegierten auch nur die ersten fünf Traktanden nicht würden zu Ende beraten können. Ein Ordnungsantrag von achtzehn deutschen und schweizerischen Delegierten, mit dem für den Freitagabend eine ausserordentliche Sitzung zur sechsten Frage durchgesetzt werden sollte, scheiterte (Verhandlungen 1869).

Was hatte die Delegierten vor allem aus den romanischen Teilen der Schweiz und Europas dazu bewogen, die Vorschläge der deutschen und schweizerischen Delegierten derart konsequent auszugrenzen? An anderer Stelle fasste Adhémar Schwitzguébel, Delegierter der jurassischen Sektion der IAA, der "Fédération jurassienne de l'Association internationale des travailleurs", die Vorbehalte gegenüber den Volksrechten zusammen: Das Postulat der Volkssouveränität dürfte im demokratischen Staat nicht nur in seinem Grundsatz anerkannt werden, es müsste auch in seinen Institutionen praktisch umgesetzt sein. Dies sei weder bei Wahlen und parlamentarischen Vertretungen noch beim als Korrektiv vorgeschlagenen Referendum der Fall. Im Parlament sei es im besten Fall eine Mehrheit der Abgeordneten, welche ihre Interessen zur Geltung bringen könne. Bei Wahlen und

Abstimmungen käme jeweils auch lediglich die Meinung einer Mehrheit zum Ausdruck. Jedoch: "Damit die Souveränität des Volkes Wirklichkeit wird, müssen die verschiedenen Interessen, die das Leben des Volkes begründen, geltend gemacht werden können." Aber auch die Art und Weise, wie eine Mehrheitsentscheidung zustande komme, entspreche - "unter den aktuellen ökonomischen Bedingungen" - nicht dem Grundsatz der Volkssouveränität: "Die besitzenden Klassen haben ganz allgemein alle Mittel in der Hand, um die öffentliche Meinung gemäss ihren eigenen Interessen zu beeinflussen." Ändern würde sich daran erst etwas, wenn das Volk aus seiner politischen Routine heraustreten und den generellen politischen "Absentismus" (die politisch motivierte, bewusste Stimmenthaltung) praktizieren würde (Schwitzguébel 1876).

Ihre grundsätzliche Kritik an den Volksrechten sah die Juraföderation an Beispielen konkreter Abstimmungen bestätigt: So hatten im April 1870 die Zürcher Stimmberechtigten über ein Fabrikgesetz zu befinden, das die Fabrikarbeit regeln und die Frauen- und Kinderarbeit eindämmen wollte. Das Gesetz wurde in der Abstimmung deutlich abgelehnt, wobei ihm auch aus der Industriearbeiterschaft Opposition erwachsen war. "Hier liegt eine Erfahrung vor, die den Anhängern der direkten Gesetzgebung die Augen öffnen sollte. Man glaubt, etwas Wunderbares geschaffen zu haben, weil man erreicht hat, dass das Volk direkt über alle Gesetze abstimmt - und dann lehnt das Volk die guten Gesetze ab!" So schrieb die "Solidarité" in ihrem Abstimmungskommentar. Dass sich die Proletarier in der Abstimmung gegen ihre eigenen Interessen gewandt hätten, sei aus zwei Gründen einleuchtend: Erstens hätten es ihre Patrons so gewollt. Zweitens hätte das Gesetz die bereits knappen Einkommen der Arbeiter durch die Verkürzung der Arbeitszeit und die Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit noch zusätzlich beschnitten. Unabhängige WählerInnen gebe es erst, wenn sich diese im Besitze ihrer Arbeitsinstrumente befänden: "Wenn sie einmal der Beherrschung durch das Kapital entzogen sind, wenn sie einmal wirklich frei sind, werden die Machenschaften der Reaktion auf sie ohne Wirkung bleiben; dann wird die Abstimmung des Volkes der wirkliche Ausdruck des Willens des Volkes sein. Nur dann, aber nicht früher." Darum weigere man sich, das allgemeine Stimmrecht ernst- und an Abstimmungen teilzunehmen, solange nicht die vollständige Gleichkeit und Freiheit verwirklicht sei (Solidarité 7.5.1870).

Öffentlichkeit als demokratietheoretisches Problem

Diese Position der Jurasektion zur "demokratischen Frage" in Erinnerung zu rufen, lohnt sich nicht nur (1), weil sie die Theorie und Praxis eines Teils der schweizerischen Arbeiterbewegung zu Tage fördert oder weil sie von der schweizerischen politischen Bühne verschwunden und seither verschüttet geblieben ist. Erwähnenswert ist sie auch deshalb, weil sie Punkte anspricht, die auch in der aktuellen demokratietheoretischen Diskussion

thematisiert werden: Erstens lässt sich Demokratie nicht auf den politischen Bereich beschränken, sondern ist ein "gesamtgesellschaftliches Lebensprinzip" (Vilmar 1973; Bäumlin 1975 und 1978). Zweitens unterwerfen heutige demokratische Verfahren politische Entscheidungen dem Mehrheitsprinzip. Beim heutigen Stand der Krisen- und Bedrohungslage erhalten gewisse Entscheidungen aber eine Qualität, die sie unumkehrbar und auch für künftige Generationen verbindlich machen. In solchen Situationen ist das Verfahren der Mehrheitsentscheidung überfordert (Guggenberger/Offe 1984). Drittens reduzieren heutige Verfahren komplizierte gesellschaftliche Probleme auf einfache Ja-Nein-Alternativen, die keine differenzierten Stellungnahmen erlauben und keine politischen Präferenzen ausdrücken (Burnheim 1987). Viertens - und darauf konzentriere ich mich im folgenden - vollziehen sich demokratische Verfahren heute unter den Bedingungen eines "Strukturwandels der Öffentlichkeit" (Habermas 1990), dessen Folgen genauer einzuschätzen sind.

Die "Offenheit der öffentlichen Sphäre" ist in einer Demokratie "die unhintergehbare und unverfügbare Legitimationsgrundlage der Macht" (Rödel u.a. 1989, 106) und enthält u.a. folgende zwei Elemente (Gronemeyer 1976, 174): Erstens eine kritische Publizistik, mit deren Hilfe politische Entscheidungen transparent und der Kontrolle und Einflussnahme zugänglich gemacht wird; zweitens eine breite soziale TrägerInnenschaft als Instanz, die diese Kontrolle und Einflussnahme vollzieht. Öffentlichkeit umfasst deshalb eine vielfältige, offene und kritische Medienlandschaft einerseits, eine wache, aktive und selbstbewusste StimmbürgerInnenschaft andererseits.

Bürgerlichen Kreisen stellt die herrschende Öffentlichkeit keine grundsätzlichen Probleme: Von einem "realistischen Demokratieverständnis" ausgehend erheben sie keinen Anspruch darauf, dass demokratische Institutionen die "volonté générale" zum Ausdruck bringen (Kriesi 1991, 16-18). Die Orientierung der StimmbürgerInnen am kurzfristigen Eigennutzen ist rational. Apathie ist Ausdruck und Bedingung politischer Stabilität und Überforderung wird erst dann zum Problem, wenn sie sich mit "politischem Marketing" nicht mehr systemkonform steuern lässt.

Die Medienlandschaft der Schweiz unterliegt einem sich beschleunigenden Konzentrationsprozess. Durch die publizistische Konzentration im "Kopfblattsystem" und die verlegerische Konzentration in Medienkonzernen nimmt die publizistische Vielfalt ab. Vereinzelt haben sich "Quasi-Monopole" herausgebildet, die im lokalen oder regionalen Bereich dominieren. Vom Rückgang besonders betroffen sind neben kleinen Zeitungen die Presseorgane der traditionellen Arbeiterbewegung und andere Parteiblätter (Nuspliger 1980; Knechtli 1992). Dominant werden sogenannte "Forumszeitungen", die sich darum bemühen, die gesinnungsmässigen Haupttendenzen innerhalb der Bevölkerung zu widerspiegeln. Damit bestätigen sie die vorherrschenden Meinungen mehr, als dass sie Meinungen bilden.

Die abnehmende Vielfalt der geschriebenen Presse kontrastiert mit dem zunehmenden Angebot elektronischer Medienerzeugnisse, wie Lokalradios und Privatfernsehen. Zur Meinungsvielfalt aber tragen die Neuen Medien nicht bei. Im Gegenteil: Da auch sie als marktorientierte Werbeträger funktionieren, welche in erster Linie ein attraktives Programmangebot präsentieren müssen, setzen sie die öffentlich-rechtlichen Medienanstalten über ihre Publikumsgunst unter einen starken Anpassungsdruck. Diese können sich nur behaupten, wenn sie sich selbst der Kommerzialisierung unterwerfen und ihre Programme entsprechend stylen (Haller u.a. 1981; SJU 1983). Alternative Medien, von der WoZ bis zum LoRa, die sozialen Bewegungen und ihre Blätter u.a.m. sind Bestandteile von Gegenöffentlichkeit (Stamm 1991). Ihre Breitenwirkung bleibt im Vergleich zur massenmedialen Öffentlichkeit aber zu schwach (Chomsky 1992). Es stellt sich die Frage, ob ihre politische Wirkung über den "Feigned Dissent" im "Engineering of Consent" (Binswanger 1984) hinausgehen kann, solange der Zerfall der Öffentlichkeit auch auf der Rezipientenseite anhält.

Politische Abstinenz: der Sozialcharakter der Entpolitisierung

Obwohl die Stimm- und Wahlbeteiligung starken Schwankungen unterworfen ist, zeigt sich im langfristigen Vergleich eine deutlich sinkende Tendenz, die in den vergangenen Jahren allerdings zum Stillstand gekommen zu sein scheint. Wahlbeteiligungen unter 50 % und Stimmbeteiligungen um 30 % sind normal geworden. Die Motive, die zur Stimmabstinenz führen, sind laut Umfragen: politisches Desinteresse (33%), politische Ohnmacht (27%), Inkompetenz (26%), Gleichgütligkeit (14%), privatistische Orientierung (13%) und ein Vorschuss an Vertrauen in die Behörden (13%) (Neidhart/Hoby 1977, 63; Finger/Sciarini 1990).

Politische Abstinenz aus Desinteresse, Gleichgültigkeit, Inkompetenz und andern Gründen ist in den meisten Fällen Ausdruck politischer Apathie und diese ihrerseits ist Folge von Ohnmachtserfahrungen. Wer sich den Zumutungen von Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnissen gegenüber ohnmächtig fühlt, passt seine Ansprüche an. Es fällt leichter, sich mit dem Bestehenden abzufinden, sich ins Private zurückzuziehen oder sich hinter Inkompetenz zu verbergen, als sich den alltäglichen Zumutungen zu stellen, Parteien und Organsationen beizutreten und doch nichts ausrichten zu können (Gronemeyer 1976, 174-183). Nun sind solche Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnisse für den grössten Teil der Stimmbürgerinnen und -bürger Alltag: in der patriarchalisch dominierten Kleinfamilie, in den autoritären Bildungsinstitutionen, im Wohnbereich oder am Arbeitsplatz (Bäumlin 1975).

Überforderung zeigt sich auch bei den Stimmbürgerinnen und -bürgern, die sich an politischen Entscheidungen beteiligen. Sekundäranalysen der VOX-Befragungen im Anschluss an Urnengänge haben gezeigt, dass das "Bild des informierten, auf der Basis einer guten Kenntnis des

Vorlageinhaltes entscheidenden Staatsbürgers" nur für einen Teil der StimmbürgerInnenschaft zutrifft (Hertig 1984, 264-265). Die Überforderung ist nicht Folge mangelnder Intelligenz, obwohl höhere Bildung, eine bestimmte Berufsposition oder ein überdurchschnittlich konsistentes politisches Wertmuster die Überforderung abbauen können. Die Ursachen liegen tiefer: *Erstens* wirkt sich hier der Strukturwandel des publizistischen Teils der Öffentlichkeit so aus, dass die Stimmbürgerinnen und -bürger nicht "schrittweise zu autonomer politischer Urteilsbildung befähigt" werden, sondern sie selektioniert und fragmentiert Informationen. Sie vermittelt damit "die Illusion der Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten [...] ohne jedoch zu kritischer Einsicht in politische und ökonomische Entscheidungsstrukturen" heranzubilden (Gronemeyer 1976, 178-179).

Zweitens wirkt sich auch hier die alltägliche Erfahrung vieler Menschen aus. Rudolf Lüscher hat in seinem "Versuch über den fordistischen Sozialcharakter" aufgezeigt, wie das Individuum im Zuge seiner reellen Subsumtion unter die Herrschaft des Kapitals im Arbeitsprozess die Fähigkeit verliert, seine Handlungen in einen Sinnzusammenhang zu stellen, wie es von "Handlungsrationalität" abgekoppelt wird: "Die Verlagerung von Entscheidungs- und Planungsleistungen in vorgeordnete Betriebsabteilungen, mit denen das produzierende Individuum nur als Befehlsempfänger verbunden ist, eliminiert mit der Selbstverfügung des Individuums auch dessen Neigung, das zu tun, was zu tun für es rational ist."(Lüscher 1988, 104).

Lüscher unterstellt aber nicht, "dass das produzierende Individuum seiner Vernünftigkeit beraubt würde": Das Individuum verhält sich insofern rational, als es seine Handlungen vollzieht, weil es einen Lohnvertrag abgeschlossen hat und "die Ausführung anderer als der kommandierten Handlungen Folgen für seine Lohnansprüche zeitigen würde" (Lüscher 1988, 102-105). Weiter argumentiert Lüscher, dass im Fordismus Produktions- und Reproduktionssphäre gemeinsam über den Lohn gesteuert und verschränkt sind, so dass daraus eine "parallele Charakterisierung für jene Handlungen" erfolgt, "die nicht dem Lohndiktat unterstellt sind" (Lüscher 1988, 106-107). Das heisst, wenn dem Individuum im fordistischen Produktionsprozess "ein ganzes Set von Handlungs-(Begründungs)Stufen herausoperiert" wird und an dessen Stelle ein Kosten/Nutzen-Kalkül tritt, ergeben sich auch Konsequenzen für sein politisches Handeln: Es verliert seine Fähigkeit, politische Entscheidungen in einen "bestimmungsreichen" Sinnzusammenhang zu stellen. Stattdessen unterzieht es diese einem doppelten Kosten/Nutzen-Kalkül: Was kostet und was bringt die Teilnahme am Urnengang? Was kostet und was bringt ein Ja oder ein Nein zu einer konkreten Abstimmungsvorlage (2)?

Lüschers Analyse kann erklären, warum immer weniger Stimmbürgerinnen und -bürger zur Urne gehen, und warum sie sich immer inkompetenter fühlen: Der Nutzen des Urnenganges sinkt mit zunehmender Stimmbeteiligung, weil das Gewicht der einzelnen Stimme im Verhältnis zur Beteiligung abnimmt. Und der Versuch, Entscheidungen über Kosten/Nutzen-

Kalküle zu treffen, kommt einer permanenten Überforderung gleich, weil sich Nutzen nicht immer messen oder abschätzen lässt und der Entscheidende nicht über die "unbegrenzte Kalkulationskapazität" verfügt, die zur Nutzenmaximierung unter Berücksichtigung unterschiedlicher Faktoren nötig wäre (Rudzio 1972, 113-117). Sie macht auch verständlich, weshalb "politische Werbung" und "politisches Marketing", das heisst die Übertragung von Methoden zur Konsumsteuerung auf die Politik, und weshalb der "Rational Choice"-Ansatz, also die Einführung von Kosten/Nutzen-Kalkülen in die Analyse politischer Entscheidungen, sich zunehmender Beachtung und neuerdings Nobelpreiswürden erfreuen können (Wymann 1991; Hertig 1982; Longchamp 1991).

Zum Beispiel eurotopia

Positionen, die sich an einem "partizipativen" Demokratieverständnis orientieren, dürfen sich um das Problem der Öffentlichkeit jedoch nicht drücken. Der Frage, "wie die BürgerInnen befähigt werden können, 'gute' BürgerInnen zu sein, das heisst BürgerInnen, die von ihren egoistischen Eigeninteressen absehen und sich für das Gemeinwohl einsetzen", müssen sie sich stellen (Kriesi 1991, S.17). Prüft man exemplarisch die Position eurotopias darauf, ob sie diesen Ansprüchen genügt, ist man eher enttäuscht (3). Man ist zu dieser Überprüfung darauf angewiesen, entsprechende Textstellen zusammenzutragen. Immerhin wird das Problem der Öffentlichkeit erkannt: "So lange Medien nach kommerziellen Prioritäten konzipiert und getragen werden müssen," schreibt Andi Gross, "ist eine [...] herrschaftsarme, offene und auf Diskussion unterschiedlicher Standpunkte angelegte Öffentlichkeit nur schwer vorstellbar." Bei der Lösung dieses Problems vertraut er auf Technik und Institutionen: Zur Herstellung einer "Öffentlichkeit, in der sich möglichst alle Menschen und ihre Organisationsgefässe Gehör verschaffen können", sind die Systeme "technisch schon lange [...] entwickelt" (eurotopia/Bulletin, 1/1992, S.27), und über die Frage, wie die verschieden langen Spiesse der Kontrahenten in öffentlichen Auseinandersetzungen durch Reformen angeglichen werden könnten, müsse nachgedacht werden (eurotopia/newsletter/documentation, 1/1992, S. 36)).

Auch Apathie und Überforderung werden als Probleme der Politisierung wahrgenommen. So gesteht Franz Neff zu, dass ihm in einer Diskussion das Argument, dass nur noch eine Minderheit der Stimmberechtigten an die Urnen gingen und die Leute nichts mehr von Politik verstünden, ihm einen "Schlag" versetzt habe. Zur Lösung dieser Probleme weiss er "keine Patentlösung" (eurotopia/Bulletin, 1/1992, S.10), Dagmar Reichert setzt optimistisch auf die heilsame Wirkung der direktdemokratischen Institutionen selbst: Gerade "vermehrte direkte Demokratie" könnte es erleichtern, "das lähmende Ohnmachtsgefühl" zu überwinden (eurotopia/newsletter/documentation, 1/1992, S. 14).

Nun lässt sich aber dieses Vertrauen in die sozialisierende und politisierende Wirkung der Institutionen nur schwer mit den Fakten in Einklang bringen: In der Schweiz müsste statt verbreiteter politischer Abstinenz eine politisch hochmotivierte und aktive StimmbürgerInnenschaft zu registrieren sein. Zudem dürfte die Schweiz im Vergleich zu andern westlichen Demokratien nicht die ausgeprägteste "Inkongruenz im Demokratisierungsniveau des politischen Systems einerseits und den übrigen gesellschaftlichen Subsystemen andererseits" aufweisen (Kriesi 1991, 14-15). Der von eurotopia unter anderem behauptete Politisierungsautomatismus, der von den direktdemokratischen Einrichtungen ausgehen soll, spielt nicht.

In den Vorschlägen von eurotopia zeigt sich ein "institutioneller Bias" der schweizerischen Demokratiedebatte und -praxis: Eine Politisierung wird in erster Linie von institutionellen Reformen und durch die aktive Beteiligung im Rahmen der bestehenden Institutionen erwartet. Dazu passt, dass sich eurotopia daran macht, eine "Verfassung für Europa" auszuarbeiten. In der politischen Praxis droht dieser "Bias" in eine Sackgasse zu führen: Zur Durchsetzung der institutionellen Reformen und zur Abwehr der bürgerlichen Deregulierungs- und Entdemokratisierungspolitik wäre man gerade auf die Unterstützung einer politisch hochmotivierten und aktiven StimmbürgerInnenschaft angewiesen, deren Entwicklung erst von institutionellen Reformen erwartet wird. Zwar kann man in Rechnung stellen, dass die "affektive Verankerung von Initiative und Referendum [...] ausserordentlich hoch" ist. Nur geht die hohe affektive Wertschätzung der direktdemokratischen Einrichtungen der Schweiz mit einer geringen Reformbereitschaft einher: Die "wahrgenommene Reformbedürftigkeit der direkten Demokratie ist im Vergleich zu anderen politischen Institutionen tief" (GfS-Forschungsinstitut/Forschungszentrum für schweizerische Politik (Hrsg.) 1990, 13). Ob aber eine politische Kultur der Opposition über eine "kommunikative Anstrengung", wie sie die GSoA in den vergangenen Jahren praktiziert hat, aus der Sackgasse findet (eurotopia, Extrablatt, 3/Oktober 1992, S.8-9; TA 12.9.1992), ist mehr als fraglich.

Rekonstruktion einer politisch fungierenden Öffentlichkeit

Jede politische Bewegung ist mit dem zweidimensionalen "Strukturwandel der Öffentlichkeit" konfrontiert. Sie kann sich dabei besonders geschickt anstellen und durch kluge Öffentlichkeitsarbeit grosse Resonanz in den Medien hervorrufen oder durch entsprechende Argumentation vorhandene Prädispositionen bei der StimmbürgerInnenschaft besonders gut ansprechen. Solange sie aber auf dem gleichen Klavier spielt, kann sie die Ansätze von Gegenöffentlichkeit nicht stärken (Medienfrauen SJU/SSM (Hrsg.) 1992). Sie bleibt angewiesen auf die Resonanz der machterhaltenden Massenmedien. Sie ändert nichts an den bestehenden Abhängigkeits- und Unterdrückungsstrukturen, in die die meisten Menschen eingebunden sind und die Ohnmacht, Inkompetenz und Kosten/Nutzen-Denken produzieren.

Als "kommunikative Anstrengung" versucht sie, wie jedes "politische Marketing" mit den massenmedialen Strukturen der "bürgerlichen Öffentlichkeit" umzugehen. Gegenmacht schafft sie keine, weil sie der "kommunikativen" Ebene verhaftet bleibt.

Die Rekonstruktion einer breiten, kritischen, politisch fungierenden Öffentlichkeit, die kompetent ist, "Machtverhältnisse nach normativen Geltungskriterien" (Claus Offe) zu befragen und sie gegebenenfalls zu verändern, muss davon ausgehen, dass die Subjekte "öffentlichkeitsuntauglich" (Gronemeyer 1976, 174,182) geworden sind. Deshalb kann sie auch nicht bei den politischen Institutionen ansetzen, denn gerade dazu fehlen die Impulse. Sie muss bei "den Trägersubjekten, den lernenden und handelnden Individuen und Kollektiven", bei "basisdemokratischen Prozessen" ansetzen (Gronemeyer 1976, 182-183).

Denn hin und wieder werden Zufriedenheitsgefühle rissig. Dann zum Beispiel, wenn eine Autobahn zu nah am eigenen Wohnort vorbeigebaut wird, wenn ein Waffenplatz ein Stück "Heimat" zerstört, wenn die Ozonwerte die Lunge schnüren oder wenn ein Atomkraftwerk in der Umgebung neue Zumutungen mit sich bringen wird. In solchen Momenten kann das labile Gleichgewicht zwischen Ohnmacht und Zufriedenheit ins Wanken geraten, wenn Beispiele, Zuspruch oder Kontakte zu anderen Gegenkräfte wecken. Aus solchen Anfängen können solidarische Aktionen entstehen, die Lernprozesse ermöglichen, Ohnmachtserfahrungen abbauen und neue Unzufriedenheiten artikulieren (Epple 1990b und 1992). Und aus einer Vielzahl solcher Lernprozesse kann schrittweise der "subjektive Faktor" einer politisch fungierender Öffentlichkeit wieder zur Geltung kommen (Gronemeyer 1976).

Der zunehmenden Stimmabstinenz der vergangenen Jahrzehnte korrespondiert in der Schweiz eine wachsende Zahl politischer Basismobilisierungen (Kriesi u.a. 1981; Tschopp 1981). Diese Entwicklung zeigt, "dass der Bürger sein Handlungsrepertoire erweitert und Handlungsfelder sucht, die keineswegs immer in die offiziellen Kanäle der Politik einmünden" (Linder 1988, 77). Doch "für ein veränderungsstrategisches Konzept die Potentiale auszuloten", die in diesen basisdemokratischen Prozessen liegen (Gronemeyer 1976), dies wurde bisher von den Neuen Sozialen Bewegungen in der Schweiz verpasst. Stattdessen unternimmt man eine Initiative nach der andern und leitet, was an politischer Energie vorhanden ist, fortlaufend in die "offiziellen Kanäle der Politik" (5).

Die Rekonstruktion einer politisch fungierenden Öffentlichkeit aber müsste unter heutigen Bedingungen klein ansetzen. Es bedarf einer politischen Alphabetisierung, die Widerständigkeiten im lokalen Bereich aufgreift, Erfahrungen von Macht vermittelt, neue Arbeits- und Lebenszusammenhänge einübt, ohne sich auf staatliche Institutionen zu fixieren. Selbstorganisation in überschaubaren sozialen Netzen und direkter Widerstand müssen im Vordergrund stehen. Dabei muss es auch, aber nicht nur um die Herstellung von Öffentlichkeit gehen. Im lokalen und regionalen Bereich

ist es eher möglich, autonome Öffentlichkeit herzustellen. So flankiert die Herstellung von Öffentlichkeit den langsamen Aufbau von Gegenmacht, sie dient nicht umgekehrt symbolischem "zivilem Ungehorsam" einer "öffentlichen Kommunikation" (6). Den bestehenden Strukturen einer oppositionellen Publizistik kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

Vielleicht ist der hier skizzierte Weg länger als der vielgerühmte, aber fatale "Marsch durch die Institutionen", vielleicht zu lange. Sicher ist, dass kein demokratischer Weg an der Rekonstruktion beider Dimensionen der Öffentlichkeit vorbeiführt. Es geht um die Herstellung von Gegen-Öffentlichkeit *und* um die politische Alphabetisierung "öffentlichkeitsuntauglicher" Subjekte. Erst auf dieser Grundlage kann sich "Volkssouveränität" neu Geltung verschaffen. Es ist zu erwarten, dass diese dann nicht nur das "Modell" tradiert, sondern sich auch in neuen Formen niederschlägt (7).

Anmerkungen

1) Breiter dargestellt habe ich sie in: Epple 1990a.
2) Unter diesen Gesichtspunkten liesse sich sowohl ein Teil des relativen Abstimmungserfolges der ersten GSoA-Initiative als auch des phänomenalen Sammelergebnisses für die F/A-18-Intiative einmal etwas anders deuten: Beide Vorlagen sind einfach. Ein Ja zur Initiative für die Abschaffung der Schweizer Armee kostet nichts, weil nicht anzunehmen ist, dass sie Erfolg hat. Für die Auszugssoldaten eröffnet sie die geringe, aber angenehme Aussicht, keinen persönlichen Dienst mehr erbringen zu müssen (Haltiner 1985). Eine Unterschrift unter die F/A-18-Initiative kostet ebenfalls nichts, immerhin verspricht sie massive Einsparungen im Militärbudget, welche sich auf die Steuerbelastung auswirken könnten (Sparen beim Militär ist schon lange angesagt: Hosang 1978). Zudem verschafft sie den billigen wie kurzen Genuss, für einmal auch zu einer "starken" Opposition zu gehören (die Eigendynamik der Unterschriftensammlung ist unverkennbar). Beide Vorlagen bieten schliesslich die nicht unangenehme und mit wenig Aufwand verbundene Möglichkeit, "denen da oben eins auszuwischen".
3) Ich erlaube mir, mich auf die Position eurotopias zu konzentrieren, weil diese erstens die Demokratiefrage explizit auf die europäische Ebene bezieht. Zweitens ist anzunehmen, dass eurotopia aufgrund ihres eigenen Anspruchs und ihrer Spezialisierung auf diese Frage die ausgefeilteste Position vertritt. Drittens bietet eurotopia in ihrem Bestreben zur umfassenden Dokumentation eine breitere Materialbasis als andere. Mehr dazu sagen Leute aus dem Umfeld von GSoA und "eurotopia", beispielsweise Marc Spescha in diesem Widerspruch-Heft oder Josef Lang (WoZ 11.1.1991): Während aber für Lang Öffentlichkeit kein gravierendes Problem mehr ist, weil sich aus seiner fortschrittsgläubigen Sicht nach 1968 bereits eine "neue Gegenöffentlichkeit" und "widerständige Subkulturen" entwickelt haben und damit Habermas' Analyse des "Zerfalls bürgerlicher Öffentlichkeit" überholt ist, gehen Speschas Vorschläge nicht wesentlich über das hinaus, was "eurotopia" fordert.
5) Auch Marc Spescha, der sich in Ausnahmefällen für Aktionen des "zivilen Ungehorsams" ausspricht, entrinnt dem "institutionellen Bias" nicht: Direkte gewaltfreie Aktion sind für ihn nur in symbolischer Form gerechtfertigt. Sie sind wie Volksinitiativen "blosse Mittel zum übergeordneten Zweck einer öffentlichen Kommunikation". Von koerziven direkten Aktionen, die sich weniger symbolisch verstehen, sondern Gegenmacht entfalten wollen, sind sie abzugrenzen.
6) Dass heute symbolischer "ziviler Ungehorsam" schon allein dazu nötig werden kann, um Medienbeachtung herzustellen, zeigt indirekt, wie weit der Zerfallsprozess der bürgerlichen Öffentlichkeit schon gediehen ist. Lässt man sich aber trotzdem darauf ein, unterwirft

man sich den herrschenden Mediengesetzen: Um Aufmerksamkeit zu erhalten, müssen die Demonstrationen immer grösser oder ausgefallener, die Unterschriftenzahlen immer wuchtiger und immer rascher gesammelt werden usw..

(7) Mir geht es nicht, wie Spescha unterstellt, um einen puren "Anti-Institutionalismus", sondern darum, bewusst zu machen, dass die direktdemokratischen Institutionen des politischen Systems der Schweiz nicht nur von der "Demokratischen Bewegung" des 19.Jahrhunderts erkämpft oder neutral ausgestaltet, sondern dass sie auch von einem bürgerlich-kapitalistischen Staat umgebogen und zur Herrschaftsstabilisierung genutzt worden sind (Epple 1988).

Literatur

Binswanger, Ralph, 1984: Engineering of Consent. In: Widerspruch H.8, Formierung nach rechts. Zürich.

Chomsky, Noam, 1992: Desinformation und der Golfkrieg. In: Ders. u.a.: Die Neue Weltordnung und der Golfkrieg, Grafenau, S. 100ff.

Epple-Gass, Rudolf, 1988: Friedensbewegung und direkte Demokratie in der Schweiz. Frankfurt a.M.

Epple-Gass, Ruedi, 1990a: Herausforderung der schweizerischen Demokratie durch neue Formen politischer Mobilisierung. Liestal (hekt.).

Epple-Gass, Ruedi, 1990b: z.B. Kaiseraugst - Geschichte einer erfolgreichen gewaltfreien Aktion. In: Gross,A./Spescha,M.: Demokratischer Ungehorsam für den Frieden. Zürich, S.93ff.

Epple-Gass, Ruedi, 1992: "Dreyeckland" oder "Zukunftsraum Regio": Zum Europabewusstsein in der Region Basel. In: Schweiz. Jahrbuch für Politische Wissenschaft 32/1992, S.141ff.

Finger, Matthias/Sciarini, Pascal, 1990: L'homo politicus à la dérive? Lausanne.

GfS-Forschungsinstitut/Forschungszentrum für schweizerische Politik (Hrsg.), 1990: Die europäische Integrationspolitik in der direkten Demokratie. UniVox-Jahresbericht II b, Zürich/Bern (hekt.).

Gronemeyer, Marianne, 1976: Motivation und politisches Handeln. Grundkategorien politischer Psychologie. Hamburg.

Gross, Andreas, 1983: Die direkte Gesetzgebung durch das Volk: Die Utopie des Karl Bürkli (1823-1901). Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der dirketdemokratischen Institutionen im Kanton Zürich. Lausanne/Zürich (hekt.).

Guggenberger, Bernd/Offe, Claus, 1984: An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie, Politik und Soziologie der Mehrheitsregel. Opladen

Habermas, Jürgen, 1990: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt.

Haeberli, Wilfried, 1964: Der erste Klassenkampf in Basel (Winter 1868/69). In: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde, Bd. 64, Basel, S.93ff.

Haller, Michael u.a., 1981: Eine deformierte Gesellschaft. Die Schweizer und ihre Massenmedien. Basel.

Haltiner, Karl W., 1985: Milizarmee - Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal? Eine soziologische Untersuchung über die Auswirkungen des Wertwandels auf das Verhältnis Gesellschaft- Armee in der Schweiz. Frauenfeld.

Hertig, Hans Peter, 1982: Sind Abstimmungserfolge käuflich? - Elemente der Meinungsbildung bei eidgenössischen Abstimmungen. In: Schweiz. Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 22/1982, S.35ff.

Hertig, Hans Peter, 1984: Volksabstimmungen. In: Klöti, Ulrich (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Schweiz, Bd.2: Strukturen und Prozesse. Bern/Stuttgart, S.247ff.

Hosang, Balz, 1978: Die sieben mageren Jahre. Schweizer Finanzpolitik auf dem Buckel der Schwachen. Zürich.

Knechtli, Peter, 1992: Mésalliancen und Blätter wie gedrucktes Fernsehen. In: WoZ 34/1992.
Kriesi, Hanspeter u.a. (Hrsg.), 1981: Politische Aktivierung in der Schweiz 1945-1978. Diessenhofen.
Kriesi, Hanspeter, 1991: Die demokratische Frage. In: Travaux et communications du Departement de science politique, Université de Genève. Genf.
Linder, Wolf, 1988: Politische Entscheidung und Gesetzesvollzug in der Schweiz. Bern/Stuttgart.
Longchamp, Claude, 1991: Herausgeforderte demokratische Öffentlichkeit. Zu den Möglichkeiten und Grenzen des politischen Marketings bei Abstimmungen und Wahlen in der Schweiz. In: Schweiz. Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 31/1991, S.303ff.
Lüscher, Rudolf M., 1988: Henry und die Krümelmonster. Versuch über den fordistischen Sozialcharakter. Tübingen.
Medienfrauen SJU/SSM (Hrsg.), 1992: Der Frauenstreik in den Medien. Bern.
Neidhart, Leonhard/Hoby, Jean-Pierre, 1977: Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstinenz in der Schweiz. Ein Forschungsbericht im Auftrag der Justizabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes. Zürich.
Nuspliger, Kurt, 1980: Pressefreiheit und Pressevielfalt. Diessenhofen.
Rödel, Ulrich u.a., 1989: Die demokratische Frage. Ein Essay. Frankfurt a.M.
Schaffner, Martin, 1982: Die demokratische Bewegung der 1860er Jahre. Beschreibung und Erklärung der Zürcher Volksbewegung von 1867. Basel.
Schöni, Walter, 1992: Staat und Demokratie in der Neuordnung Europas. In: Widerspruch H. 23, Krise des Sozialen, Armut – Sozialpolitik. Zürich.
Schwitzguébel, Adhémar 1876: Le radicalisme et le socialisme. In: Ders., Quelques écrits, Paris 1908, S.131ff.
SJU, 1983: Absage und Warnung. Schweizerische Journalisten-Union über werbefinanzierte Lokalradios. Basel.
Stamm, Karl-Heinz, 1991: Diffusionseffekte der alternativen in die massenmediale Öffentlichkeit. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Bonn, S.359ff.
Tschopp, Alois, 1981: Datenhandbuch über politische Aktivierungsereignisse in der Schweiz 1945-1978. Zürich.
Verhandlungen 1869: Verhandlungen des IV. Congresses des "Internationalen Arbeiterbundes" in Basel. Nr. 1-7. Basel 1869.
Vilmar, Fritz, 1973: Strategien der Demokratisierung. 2 Bde. Darmstadt.
Wymann, Christian, 1991: Werbemacht und Direkte Demokratie. Dimensionen und Strukturen von Werbekampagnen vor eidgenössischen Volksabstimmungen. Bern (hekt.).